

Vortrag zur 1. Mai – Kundgebung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mein Name ist Dieter Zandel. Ich spreche heute zu Euch und Ihnen als Mitglied der ver.di-Betriebsgruppe am Ostalb-Klinikum Aalen, als direkt Betroffener und als ein an der Gesundheitspolitik interessierter Bürger des Ostalb-Kreises.

Den Kliniken in Deutschland geht es schlecht! Zumindest den Meisten. Ausnahmen sind Krankenhäuser, die sich auf wenige, lukrative und planbare Diagnosen spezialisiert haben. Diese, in aller Regel Privatkliniken, überlassen den öffentlichen Häusern die anderweitige und oft unterfinanzierte Rundumversorgung der Bevölkerung.

Da gibt es Klinikkonzerne, die jedes Jahr hunderte von Millionen € Gewinn machen. Dadurch fließt viel Geld, das eigentlich für die Gesundheitsversorgung aufgewendet werden sollte, als Rendite an die Inhaber dieser Konzerne.

Möglich macht so etwas, eine völlig verfehlte, ja geradezu pervertierte Gesundheitspolitik, die über die Gesetze des Marktes eine optimierte Gesundheitsversorgung erreichen wollte.

Mit dieser Erwartung gingen vor etwa 15 Jahren die diagnosebezogenen Fallpauschalen, DRG's, an den Start. Wie bei Stuttgart 21 sind alle, von den Gegnern dieses Systems im Vorfeld eingebrachten Befürchtungen, eingetreten:

- Die Kosten sind, entgegen den Erwartungen, überproportional gestiegen.
- Es kommt zu Fehlregulierungen, weil lukrative Untersuchungen und Eingriffe verstärkt vorgenommen werden.
- Das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt wird dadurch gestört.
- Es gibt viele Bereiche, die trotz der enormen Kostensteigerungen unterfinanziert sind.
- Kleinere Häuser sind aufgrund der schlechteren Kostenstruktur benachteiligt. Das führt zu einer Unterversorgung in der Fläche.
- Es wurden irrsinnige Kontrollstrukturen aufgebaut, einmal auf Seiten der Kliniken und zum Zweiten auf Seiten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen. Das alleine kostet Milliarden und bindet abertausende Pflegestellen.

So benötigen wir nur bei uns im Ostalb-Klinikum 9 Vollzeitstellen, nur um die Kodierung der Fälle zu optimieren und die Anfragen und Streitigkeiten mit dem MDK zu bearbeiten. Dieser bemängelt mittlerweile etwa 1/3 der Rechnungen.

Auch dadurch wird der Aufwand für die Dokumentation insgesamt immer höher. Und das für alle Berufsgruppen. So wird ein unfassbar hoher Anteil der Arbeitszeit dafür verwendet, möglichst ausführlich zu dokumentieren, um dadurch eine gute Vergütung zu erreichen und Streitigkeiten mit dem MDK zu vermeiden. Es ist zum Heulen!

Dieses kranke System ist außerdem Hauptursache für die Defizite, die unsere Kliniken im Ostalbkreis verursachen.

Aus wirtschaftlichen Gründen hätte sich unser Kreis schon vor Jahrzehnten dazu entschließen müssen die einzelnen Standorte zu schließen und irgendwo ein Zentralklinikum zu bauen. Unser Kreis hat sich aber ganz bewusst für die Beibehaltung der dezentralen Strukturen und den Verbleib in öffentlicher Trägerschaft entschieden, wohl wissend, dass diese Strukturen teurer sind. Dafür sind wir unserem Träger dankbar und wir halten diese Entscheidung auch für richtig.

Ich gehe davon aus, dass unsere Kreispolitiker die wohnortnahe Gesundheitsversorgung der hiesigen Bevölkerung beibehalten wollten und immer noch wollen.

Ich glaube außerdem, dass dieses Anliegen von einem großen Teil unserer Bevölkerung geteilt wird. Das haben die Diskussionen um die Kinderklinik deutlich gezeigt. Die Frage ist aktuell nur, was darf das alles kosten und warum ist es nicht auskömmlich finanziert.

Die Unterfinanzierung der Kliniken ist politisch gewollt. Anders ist es nicht zu erklären, dass seit Jahren zum Beispiel die Tarifierhöhungen bei den Kliniken nicht, oder nur marginal, ausgeglichen werden. Außerdem kann uns niemand erklären, warum gerade in dem Hochlohnland Baden-Württemberg mit gleichzeitig hohen Lebenshaltungskosten, einer der niedrigsten Landesbasisfallwerte ganz Deutschlands zur Anwendung kommt.

Der Landesbasisfallwert ist der Basispreis der DRG und sorgt für eine landesspezifische Vergütung der Kliniken.

Wären also unsere Kliniken nur wenige Kilometer weiter in Bayern, dann wäre nur dadurch unser Defizit schon einige Millionen geringer.

Weil diese Defizite nun, aus eben diesen Gründen, eine bedrohliche Höhe erreicht haben, kamen die politischen Verantwortlichen bei uns auf den populären Gedanken, ein Beratungsunternehmen zur Unterstützung heranzuziehen. Dieses Unternehmen, die Firma heißt Kienbaum, wurde beauftragt Einsparpotenziale zu finden, zu benennen und Umsetzungsvorschläge zu machen.

Wie vorhersehbar, etwa 70% unserer Kosten sind Personalkosten, kam diese Firma zu dem Ergebnis, dass bei uns in den Kliniken viel zu viel Personal arbeitet. Nur im Ärztlichen Dienst und in der Pflege, der Rest kommt später, wurde ein Potential von mehreren Millionen Euro pro Jahr erkannt, das eingespart werden könnte. Sie haben sicherlich davon in der Presse gelesen.

Der Verwaltungsrat hat folglich Ende 2018 einen Beschluss zu drastischen Stelleneinsparungen in diesen Bereichen gefasst. Bei uns im Ostalb-Klinikum sollen zum Beispiel im Durchschnitt über 12% der Pflegestellen wegfallen. Im Einzelfall sollten Stationen 20% ihrer Beschäftigten verlieren.

Jetzt ist es so, dass sogar bei der Bundespolitik angekommen ist, dass eine permanent weitere Steigerung der Belastungen in der Pflege ein echtes Problem darstellt. Es gibt kaum noch Menschen die bereit sind sich diesen hohen Belastungen und der großen Verantwortung zu stellen.

So haben wir schon seit längerem das Problem überhaupt unsere Ausbildungskapazitäten voll ausschöpfen zu können, weil sich gar nicht genügend geeignete Bewerber finden. Aus dieser Erkenntnis ist nun das aktuelle Pflegepersonalstärkungsgesetz entstanden. Das ist seit ewiger Zeit das erste Gesetz, das eine echte Entlastung für die Pflege in den Kliniken bringen könnte.

Nach diesem Gesetz werden ab 2020 die Kosten für das Pflegepersonal am Bett aus den unsäglichen DRG's herausgerechnet und jedes Krankenhaus bekommt seine tatsächlichen, nachweislich besetzten Pflegepersonalstellen zu 100% finanziert.

Für 2019 kann man über das Pflegeförderprogramm dazu alle zusätzlich geschaffenen Pflegestellen (im Vergleich zum Durchschnitt 2018) voll finanziert bekommen.

Durch dieses Gesetz ist es folglich wirtschaftlicher Unsinn beim Pflegepersonal zu sparen, denn jede unbesetzte Stelle bekommt die Klinik schlicht auch nicht bezahlt.

Wir haben hier einen echten Systemwechsel erreichen können – jetzt gilt es weiter Druck zu machen, damit endlich alle Beschäftigten an den Krankenhäusern aus den Fallpauschalen herausgenommen werden! Gesundheit ist keine Ware und hat keinen Preis – Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und muss kostendeckend finanziert werden!

Alle Kliniken in Deutschland und natürlich auch unsere Nachbarkliniken nutzen nun die neuen Möglichkeiten nach dem Pflegeförderprogramm. Sie suchen händeringend Personal, es gibt nur leider viel zu wenig.

Der aktuelle Kampf um Personal wird absolut entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Kliniken sein.

So gut dieses Gesetz für die Pflege sein könnte, wenn es denn genug Personal gäbe, so wenig bringt es für die Kliniken insgesamt. Es steht sogar zu befürchten, dass die Mehrkosten für die Pflege, so es denn dazu kommt, an anderer Stelle im Klinikbudget wieder eingespart werden.

Aber es könnte einen Einstieg in den Ausstieg aus den DRG's bedeuten und das wäre eine gute Nachricht.

Wer nun wie ich glaubte, dass dieses neue Gesetz nach Erläuterungen im Verwaltungsrat der Kliniken des Ostalbkreises dazu führte, dass die beschlossenen Stelleneinsparungen zurückgenommen würden, sah sich bitter enttäuscht.

Trotz entsprechenden Vorschlägen aus diesem Gremium hat Herr Landrat Pavel in öffentlicher Sitzung auf die Beibehaltung dieser Beschlüsse gedrängt und jede Diskussion im Keim erstickt. Die Stelleneinsparungen seien moderat und man solle den Ball flach halten. So seine Worte.

Das ist der Grund, warum ich heute hier zu Ihnen und Euch spreche.

Trotz der klar zugunsten der Pflege geänderten Rechtslage soll sich für uns nichts zum Positiven ändern.

Uns wird unterstellt mit einer viel zu luxuriösen Personalausstattung gearbeitet zu haben und dadurch mitverantwortlich für das Millionendefizit zu sein.

Ich möchte hier eines klipp und klar sagen. Es kann sein, dass es in Deutschland Kliniken gibt, die mit einer noch schlechteren Besetzung arbeiten.

Trotzdem ist diese Unterstellung ein Schlag ins Gesicht aller in den Kliniken Beschäftigten. Wir gehen seit Jahren an die Grenzen unserer Belastbarkeit und teilweise darüber hinaus um die Versorgung unserer Patienten sicherzustellen.

Wir sind 365 Tage im Jahr rund um die Uhr für unsere Patienten im Einsatz und alles was wir seit Jahrzehnten zu hören bekommen ist, dass wir unwirtschaftlich sind, dass wir Defizite machen und dass man sparen muss.

Auch nach fast 10 Jahren Aufschwung, nach vollen Kassen bei Bund, Land, Kommunen und bei den Kostenträgern sind Verbesserungen für uns nicht in Sicht. Im Gegenteil!

Auch wenn es manche nicht glauben, die Stimmung bei den Beschäftigten ist schlecht. Viele fliehen aus dem Beruf oder werden krank.

Damit mir nicht unterstellt wird unseren Kliniken zu schaden. Natürlich werden wir weiterhin alles tun um eine bestmögliche Versorgung unserer Patienten aufrecht zu erhalten. Wir haben ein großes Interesse an funktionierenden Strukturen und einem effektiven Personaleinsatz.

Ebenso wünschen wir uns, dass möglichst viele der Bewohner unseres Kreises gerne und mit einem guten Gefühl zu uns kommen, nicht nur im Notfall.

Wir brauchen aber ausreichend viel und motiviertes Personal und genau darum fordere ich Sie auf diesen unsäglichen, kontraproduktiven Beschluss zu Stelleneinsparungen zurückzunehmen.

Die Kliniken brauchen mehr Ruhe um den gewaltigen Umstrukturierungsprozess bewältigen zu können. Man kann nicht fusionieren, umstrukturieren und sanieren zur gleichen Zeit. Auch mit der Fa. Kienbaum können wir das nicht.

Ich wünsche mir, dass die lokale Politik ihren durchaus vorhandenen Einfluss nutzt um die Weichen für eine sinnvolle und auskömmliche Krankenhausfinanzierung zu stellen.

Lassen Sie aber bitte die Kliniken ihre Arbeit erledigen ohne den Verantwortlichen sinnlose Vorgaben zu machen und wenn Sie sich das Geld für die Fa. Kienbaum sparen wollen, bitteschön, unseren Segen haben Sie.

Wir sind wirklich sehr dankbar dafür, dass derzeit alle Kreispolitiker offen zur derzeitigen Krankenhausstruktur im Ostalb-Kreis stehen.

Wir sehen wie viel in die Kliniken investiert wurde und wird. Das ist alles nicht selbstverständlich. Damit das so bleibt wünsche ich mir, dass auch die aktuellen Kandidaten zur anstehenden Kreistagswahl klar Stellung beziehen zu ihren Vorstellungen zur zukünftigen Krankenhausstruktur.

Wir müssen uns regelmäßig anhören, dass es schnell passieren kann, dass man die Kliniken privatisiert. Was dann passiert muss man aber auch erklären. Dann ist es nämlich schnell vorbei mit wohlnahen Strukturen. Dann werden ohne Diskussion nicht lukrative Bereiche oder ganze Standorte geschlossen.

Also jeder, der immer so schnell das Wort Privatisierung in den Mund nimmt muss wissen was damit ausgelöst wird.

Einem privaten Krankenhausträger ist die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung grundsätzlich Wurst.

Für den geht es hauptsächlich um Profit und folglich werden nicht profitable Bereiche einfach geschlossen. Der Einfluss der Politik ist dann weg. Natürlich ist auch davon auszugehen, dass dann die Jobs oder zumindest die Arbeitsbedingungen für aktuell über 3000 Beschäftigte zur Disposition stehen.

Hoffen wir also, dass auch der neue Kreistag, und nächstes Jahr der neue Landrat, zu den bestehenden Beschlüssen, steht.

Eines noch:

Wir hören aktuell Gerüchte, nach denen der Verwaltungsrat der Kliniken nach der anstehenden Wahl vorhaben soll, seine Sitzungen zukünftig grundsätzlich nur noch nichtöffentlich abzuhalten.

Auch wird wohl diskutiert, die Personalvertretungen, die seither ein Teilnahmerecht an diesen Sitzungen haben, per Satzungsänderung aus diesen Sitzungen auszuschließen.

Falls das so wäre, wir hoffen, dass dem nicht so ist, dann spräche das für ein eigenartiges Demokratieverständnis.

Anscheinend ist eine öffentliche oder betriebliche Debatte manchen politisch Verantwortlichen unangenehm oder lästig.

Wenn es so kommen sollte, dann hoffe ich auf einen öffentlichen Aufschrei.

Wir müssen eventuell auch im Ostalbkreis bereit sein für unsere Demokratie zu kämpfen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!